

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreisverband Rhein-Neckar

Resolution zum Kreisparteitag am 1. Juli 2004

SPD muß erkennbar für soziale Gerechtigkeit stehen!

Die SPD im Rhein-Neckar-Kreis hat ein erträgliches Ergebnis bei den Kommunalwahlen erzielt. In vielen Gemeinden hat die SPD Stimmen hinzugewinnen können, in manchen sogar an Mandaten zugelegt. Wo dies nicht der Fall war, waren oft örtliche Faktoren, etwa neu oder wieder angetretene Wählergemeinschaften oder personelle Veränderungen auf den eigenen Listen, die Ursache. Dies zeigt: Im Rhein-Neckar-Kreis stehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in schwieriger Zeit für eine kompetente und verlässliche Politik und erreichen Anerkennung von den Wählerinnen und Wählern. Dies zeigt: Wo Ortsvereine auch zwischen Wahlen Präsenz zeigen, wo Mandatsträgerinnen und Mandatsträger Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sind, wo das politische Personal inhaltliche und soziale Kompetenz mit Engagement auch außerhalb der SPD in Vereinen und Initiativen verbindet, dort kann eine einig und selbstbewußte Partei auch gegen den Bundestrend Wahlerfolge auf kommunaler Ebene erzielen.

Wir nehmen die Bestätigung in schwieriger Zeit als Auftrag, in den kommenden fünf Jahren Sozialdemokratie vor Ort sichtbar zu machen und mit kontinuierlichem Einsatz verloren gegangenes Vertrauen wieder zu erlangen. Damit wir 2009 zu neuer Stärke in der Region finden.

Das bundesweite Wahlergebnis der SPD bei der Europawahl geht an die Substanz der Sozialdemokratie. Deshalb wäre es falsch, sich auf Durchhalteparolen und ein bloßes „weiter so“ zu beschränken. Wir halten die stärkere Betonung von Gerechtigkeit für dringend erforderlich. Wir wollen nicht den Fehler begehen, einseitige Schuldzuweisungen vorzunehmen und uns auseinander dividieren zu lassen. Nur einer geschlossenen und entschlossenen Partei kann es gelingen, sich aus dieser Krise zu befreien. In 16 Jahren Kohl-Regierung wurden die notwendigen strukturellen Veränderungen in Staat und Gesellschaft versäumt. Die SPD hat damit begonnen, in Zeiten konjunktureller Schwäche und leerer öffentlicher Kassen nötige Veränderungen einzuleiten.

Wir müssen für mehr Beschäftigung sorgen. Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen zukunftsfest werden. Bei Renten und Krankenversicherungen sind wichtige Schritte unternommen worden. Fehler bei der Einführung der Veränderungen, der Mangel an einem „roten Faden“ des Regierungshandelns und einer klaren Zielmarke, Mängel in der Vermittlung und Umsetzung haben zu berechtigter Kritik geführt.

Um verloren gegangenes Vertrauen wieder zu gewinnen, muß unsere Politik erkennbar für mehr Gerechtigkeit sorgen. Es ist Aufgabe gerade auch der SPD dafür zu sorgen, daß Menschen nicht zu Verlierern des Globalisierungsprozesses werden. Wir stehen für eine faire Gesellschaft und dafür, daß gerade auch Menschen, denen es gut geht, an ihre Verantwortung für unser Gemeinwesen erinnert werden.

Dies bedeutet für die zukünftigen Reformschritte:

- Gerechtigkeit und Sicherheit für Arbeitnehmer und ihre Familien müssen stärker sichtbare Leitbilder der Strukturveränderungen sein.
- Wir halten es für notwendig, im Rahmen der Diskussion um eine Vereinfachung des Steuerrechts eigene Vorschläge mit dem Ziel einer größeren Steuergerechtigkeit einzubringen.
- Wir wollen mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung des Sozialstaats. Auch Großverdiener und Menschen, die ausschließlich von Kapitaleinkommen leben, müssen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme leisten, ohne damit gleichzeitig einen überproportionalen Anspruch auf Leistungen zu erhalten. Deshalb wollen wir einen Ausbau der Steuerfinanzierung bei den sozialen Sicherungssystemen.
- Wir werden uns bei der Ausarbeitung des SPD-Konzepts zur Bürgerversicherung im Gesundheitswesen beteiligen und dabei sicherstellen, daß Jeder und Jede nach ihrer Leistungsfähigkeit einen Beitrag zu einem solidarischen System leisten.

Die SPD im Rhein-Neckar-Kreis hat schon immer zu den Diskussionen über gesellschaftliche Probleme beigetragen. Das wollen wir auch in Zukunft und verstärkt im Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppen fortsetzen. Dabei stehen die Themen „Zukunft des Sozialstaats“ und „Soziale Gerechtigkeit“ im Mittelpunkt. Es geht um unsere Zukunft in einer lebenswerten Gesellschaft.

Wir werden selbstbewußt und aktiv in die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien, insbesondere auch mit der CDU/CSU um die Regierungskompetenz in Deutschland und Baden-Württemberg gehen.